

**A-Post**

Schweizerischer Städteverband  
Renate Amstutz  
Florastrasse 13  
3000 Bern

Zürich, 08. Februar 2011

**Stellungnahme zur Parlamentarischen Initiative 07.419: Verfassungsbasis für eine umfassende Familienpolitik**

Sehr geehrte Frau Amstutz

Mit Schreiben vom 10. Dezember 2011 haben Sie uns zur Stellungnahme zur Parlamentarischen Initiative 07.419, die eine Verfassungsbasis für eine umfassende Familienpolitik fordert, eingeladen. Dafür möchten wir uns bedanken und legen im Folgenden gerne unsere Position dar.

Die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit ist heute nicht nur ein zentrales Element der Familienpolitik sondern auch der Armutsbekämpfung. Meist liegt der Grund für Familienarmut in der ungenügenden Vereinbarkeit von Familie und Beruf, da gerade diese Familien auf zwei Erwerbseinkommen angewiesen sind. Dass dieses Element nun in der Bundesverfassung verankert werden soll, begrüsst die Städteinitiative Sozialpolitik daher. Mit dem Vorschlag der nationalrätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit, die Bundesverfassung durch einen entsprechenden Artikel zu ergänzen, wird zudem die Handlungskompetenz des Bundes in diesem Bereich erweitert. Es ist begrüssenswert, dass Bund und Kantone mit dem vorgeschlagenen Artikel in die Pflicht genommen werden, Familien die gleichzeitige Erwerbsarbeit zu ermöglichen. Damit würden nicht mehr wie bis anhin hauptsächlich die Städte in entsprechende Angebote wie zum Beispiel familien- und schulergänzenden Tagesstrukturen investieren.

Gleichzeitig neben der im neuen Artikel 115a verankerten Gesetzgebungskompetenz des Bundes erhält der Bund die Möglichkeit der Mitfinanzierung entsprechender Massnahmen. Diese lediglich fakultative Unterstützungskompetenz soll falsche Anreize für die Kantone unterbinden. Die Städteinitiative Sozialpolitik erachtet es jedoch als wünschenswert, dass sich der Bund zur Mitfinanzierung

Präsidium  
Martin Waser  
Sozialvorsteher, Zürich

Vice-Présidence  
Jean-Christophe Bourquin,  
directeur Sécurité sociale et  
l'environnement, Lausanne

**Geschäftsstelle**  
c/o Stadt Zürich  
Sozialdepartement  
Ursi Schweizer  
Werdstrasse 75, Postfach  
CH-8036 Zürich  
T + 41 44 412 60 12  
F + 41 44 412 66 09  
info@staedteinitiative.ch  
www.staedteinitiative.ch

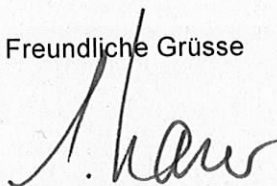
Secrétariat Suisse latine  
info@initiative-villes.ch  
www.initiative-villes.ch

verpflichtet. Dies hat er im Rahmen des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung seit 2003 bereits getan, weshalb die neue Regelung einem Rückschritt gleichkäme.

Der von einer Minderheit der Kommission geforderte Zusatz einer Harmonisierung der Alimentenbevorschussung ist zwar wünschenswert. Die Städteinitiative Sozialpolitik teilt hier allerdings die Meinung der Mehrheit der Kommission, dass sich der neue Bundesverfassungsartikel auf das familienpolitische Kernthema der Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit fokussieren sollte.

Wir danken Ihnen für die Aufnahme dieser Punkte in Ihre Stellungnahme.

Freundliche Grüsse



Martin Waser  
Präsident



Ursi Schweizer  
Geschäftsleiterin